



verbraucherzentrale
Brandenburg

VERBRAUCHERMONITOR BRANDENBURG 2023

Ergebnisse einer repräsentativen Befragung in Brandenburg

UNTERSUCHUNGSDESIGN

Befragungsmethode:	Telefonbefragung, Dual Frame Stichprobe (Festnetz + Mobilfunk)
Grundgesamtheit:	Deutschsprachige Personen ab 18 Jahre in Privathaushalten in Brandenburg
Stichprobengröße:	1.001 Personen
Gewichtung:	Gewichtung der Personenstichprobe nach Alter, Geschlecht und Bildung sowie Dual-Frame Gewicht
Statistische Fehlertoleranz:	max. ± 3 Prozentpunkte in der Gesamtstichprobe
Befragungszeitraum:	17. April bis 5. Mai 2023
Institut:	forsa GmbH, Berlin

ZUSAMMENFASSUNG (1/2)

Eine knappe Mehrheit aller Brandenburger:innen – und die deutliche Mehrheit der unter 45-Jährigen – blickt optimistisch in die Zukunft. Eher oder sehr pessimistisch sind dagegen 44 Prozent.

Beim Verbraucherschutz sind jeweils für neun von zehn Befragten die Bereiche „Lebensmittel und Ernährung“ (91 %), „Energieverbrauch und -verträge“ (87 %) sowie „Pflege und Gesundheit“ (87 %) relevant. Schutz im Bereich „Wohnen“ ist besonders für diejenigen wichtig, die zur Miete wohnen, und „Online-Shopping“ für diejenigen, die häufig im Internet einkaufen.

Neun von zehn Internetnutzer:innen (88 %) kaufen mindestens gelegentlich Waren oder Dienstleistungen online ein. Dass ihre Online-Zugangsdaten über Phishing bzw. Smishing in den letzten 12 Monaten ausspioniert wurden, berichtet knapp jede:r zehnte Internetnutzende (9 %). Dass persönlichen Daten ungefragt weitergegeben wurden, kommt dagegen doppelt so häufig vor und betrifft knapp jede:n Fünfte:n (19 %). Im Fall des Datenleaks ist vielen Betroffenen keine Anlaufstelle für Unterstützung bekannt.

Rund neun von zehn Brandenburger:innen haben ihren Hausrat und/oder ein Wohngebäude versichert. 63 Prozent aller Befragten mit einer Wohngebäude- bzw. Hausratversicherung geben an, dass ihr Versicherungsschutz auch Elementarschäden umfasst, also Schäden durch Naturkatastrophen, wie Überschwemmung, Erdbeben, Schneedruck oder Erdbeben. Für diejenigen ohne diesen Versicherungsschutz spricht vor allem dagegen, dass Naturkatastrophen zu selten auftreten würden (76 %).

Die Arbeit der aktuellen Landesregierung in Brandenburg bei der Umsetzung der Energiewende wird von 29 Prozent der Brandenburger:innen als zufriedenstellend beurteilt. Zwei Drittel (67 %) sind damit hingegen weniger oder gar nicht zufrieden.

ZUSAMMENFASSUNG (2/2)

Um mobil zu sein, greift eine große Mehrheit der Brandenburger:innen (73 %) regelmäßig auf das Auto zurück. Mehr als jede:r dritte Befragte mit Fahrerlaubnis (38 %) würde bei der Anschaffung eines privaten Neu- oder Gebrauchtwagens auch ein Fahrzeug mit alternativem Antrieb, z. B. Strom, in Betracht ziehen. Gegen die Anschaffung sprechen am häufigsten eine eingeschränkte Reichweite (80 %) , zu wenig Lade- oder Betankungsmöglichkeiten (79 %), hohe Anschaffungskosten (74 %) und eine mangelnde technische Reife (68 %).

Den ÖPNV nutzen 56 Prozent der Befragten zumindest ab und zu. Jede:r dritte Nutzer:in (32 %) ist mit dem Handy- und Daten-Empfang in Bus und Bahn unzufrieden.

Pflegebedürftigkeit betrifft rund die Hälfte der Brandenburger:innen selbst oder im direkten Umfeld. Bei 8 Prozent derjenigen, die professionelle Pflegedienstleistungen in Anspruch genommen haben, traten vertragliche Probleme auf, bspw. bei der Abrechnung oder der Erbringung vereinbarter Leistungen.

Darüber hinaus wurden die Meinungen zu weiteren aktuellen Themenbereichen erhoben. Dass Ergebnisse behördlicher Lebensmittelkontrollen verpflichtend veröffentlicht werden, z. B. als leicht verständlicher „Smiley“ an der Eingangstür, befürworten knapp zwei Drittel der Befragten (65 %). Werbung und Sponsoring gewinnorientierter Unternehmen an Brandenburger Schulen sollte nach der Meinung von zwei Drittel der Befragten (66 %) verboten sein.

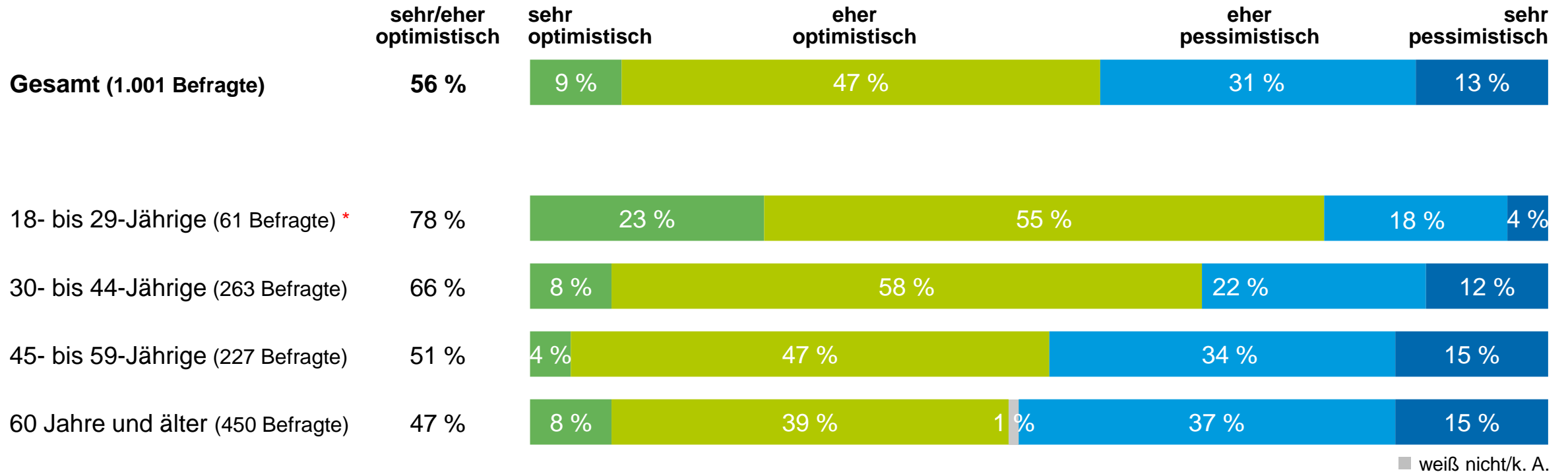
Die Diskussion über die Verdrängung sozialer Einrichtungen aus Immobilien im Kontext der Josephinen-Anlage in Potsdam ist 42 Prozent der Befragten bekannt. Bei Enteignungen von Vermietern gegen eine Entschädigung, um soziale Einrichtungen zu sichern, sind die Brandenburger:innen geteilter Meinung: 45 Prozent halten dies für sinnvoll, 49 Prozent nicht.

ZUKUNFTSAUSSICHTEN

ZUKUNFTSAUSSICHTEN

Eine knappe Mehrheit aller Brandenburger:innen – und die deutliche Mehrheit der unter 45-Jährigen – blickt optimistisch in die Zukunft. Eher oder sehr pessimistisch sind dagegen 44 Prozent.

Es blicken in die Zukunft ...



* geringe Basis (unter 80 Befragte)

Basis: 1.001 Befragte

Frage 1: „Wie blicken Sie persönlich in die Zukunft: sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?“

BEDEUTUNG VERSCHIEDENER THEMEN DES VERBRAUCHERSCHUTZES

BEDEUTUNG VERSCHIEDENER THEMEN

Die Bereiche „Lebensmittel und Ernährung“, „Energieverbrauch und -verträge“ sowie „Pflege und Gesundheit“ sind beim Verbraucherschutz jeweils für neun von zehn Brandenburger:innen relevant.

Das jeweilige Thema ist in der aktuellen Lebenssituation (sehr) wichtig ...



Basis: 1.001 Befragte

Frage 2: „Wenn Sie an Ihre aktuelle Lebenssituation denken, also in der Familie, im Beruf oder der Freizeit, dann gibt es viele Themengebiete, bei denen Verbraucherschutz und Verbraucherrechte eine Rolle spielen können. Wie wichtig ist in Ihrer aktuellen Lebenssituation das Thema ...?“

BEDEUTUNG VERSCHIEDENER THEMEN - GESAMT VS. GESCHLECHT

Für Frauen haben fast alle abgefragten Verbraucherbereiche einen höheren Stellenwert als für Männer. Beim „Online-Shoppen“ und „Wohnen“ liegen beide nahezu gleichauf.

Das jeweilige Thema ist in der aktuellen Lebenssituation (sehr) wichtig ...



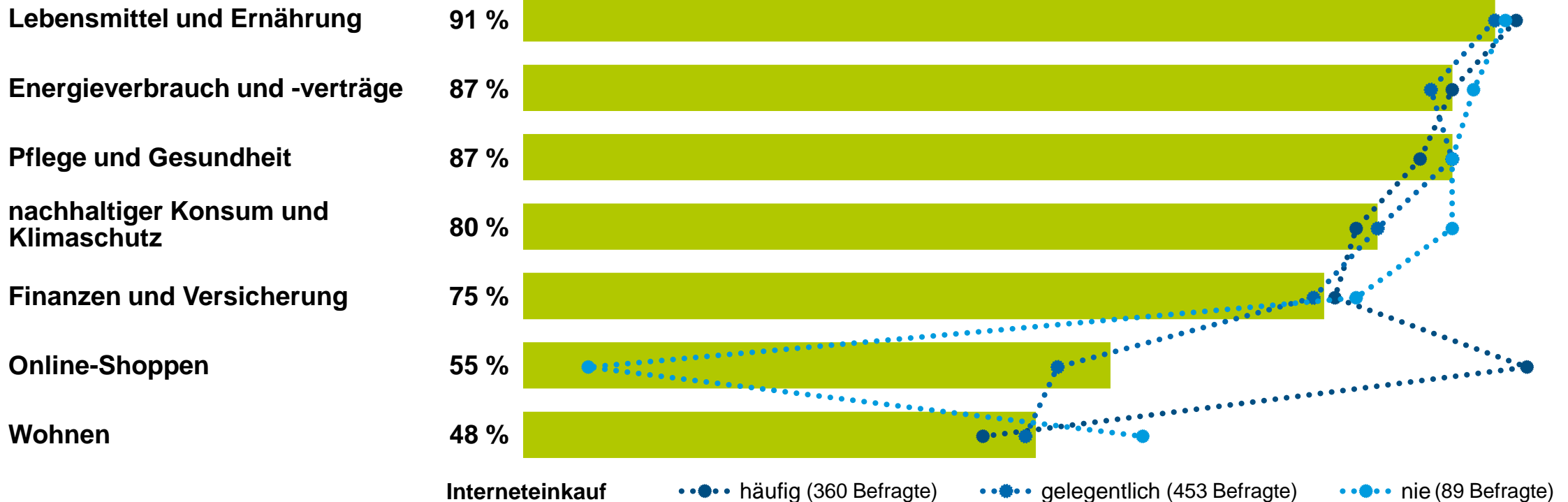
Basis: 1.001 Befragte

Frage 2: „Wenn Sie an Ihre aktuelle Lebenssituation denken, also in der Familie, im Beruf oder der Freizeit, dann gibt es viele Themengebiete, bei denen Verbraucherschutz und Verbraucherrechte eine Rolle spielen können. Wie wichtig ist in Ihrer aktuellen Lebenssituation das Thema ...?“

BEDEUTUNG VERSCHIEDENER THEMEN - GESAMT VS. INTERNETEINKAUF

Der Bereich „Online-Shopping“ ist besonders für diejenigen Brandenburger:innen (sehr) wichtig, die häufig im Internet einkaufen.

Das jeweilige Thema ist in der aktuellen Lebenssituation (sehr) wichtig ...



Basis: 1.001 Befragte

Frage 2: „Wenn Sie an Ihre aktuelle Lebenssituation denken, also in der Familie, im Beruf oder der Freizeit, dann gibt es viele Themengebiete, bei denen Verbraucherschutz und Verbraucherrechte eine Rolle spielen können. Wie wichtig ist in Ihrer aktuellen Lebenssituation das Thema ...?“

BEDEUTUNG VERSCHIEDENER THEMEN - GESAMT VS. WOHNFORM

Verbraucherschutz im Bereich „Wohnen“ ist für Brandenburger:innen, die zur Miete wohnen, deutlich relevanter als für Eigentümer:innen.

Das jeweilige Thema ist in der aktuellen Lebenssituation (sehr) wichtig ...



Basis: 1.001 Befragte

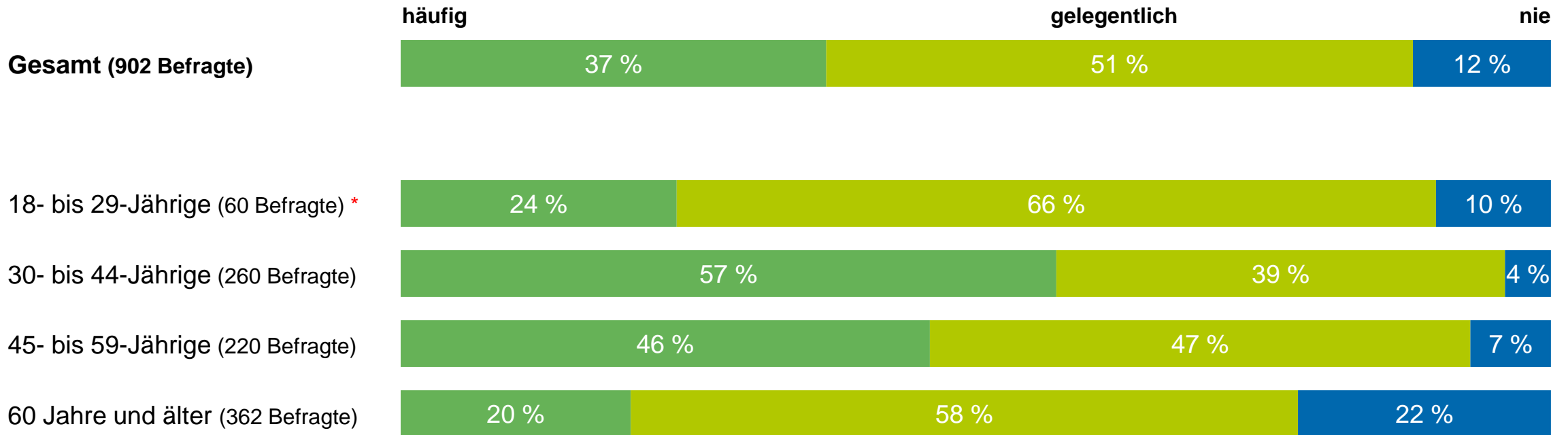
Frage 2: „Wenn Sie an Ihre aktuelle Lebenssituation denken, also in der Familie, im Beruf oder der Freizeit, dann gibt es viele Themengebiete, bei denen Verbraucherschutz und Verbraucherrechte eine Rolle spielen können. Wie wichtig ist in Ihrer aktuellen Lebenssituation das Thema ...?“

INTERNETKRIMINALITÄT

KAUF VON WAREN ODER DIENSTLEISTUNGEN IM INTERNET

Neun von zehn Internetnutzer:innen (88 %) kaufen mindestens gelegentlich Waren oder Dienstleistungen online ein. Häufig tun dies insbesondere die 30- bis 59-Jährigen.

Es kaufen Waren oder Dienstleistungen im Internet ...



* geringe Basis (unter 80 Befragte)

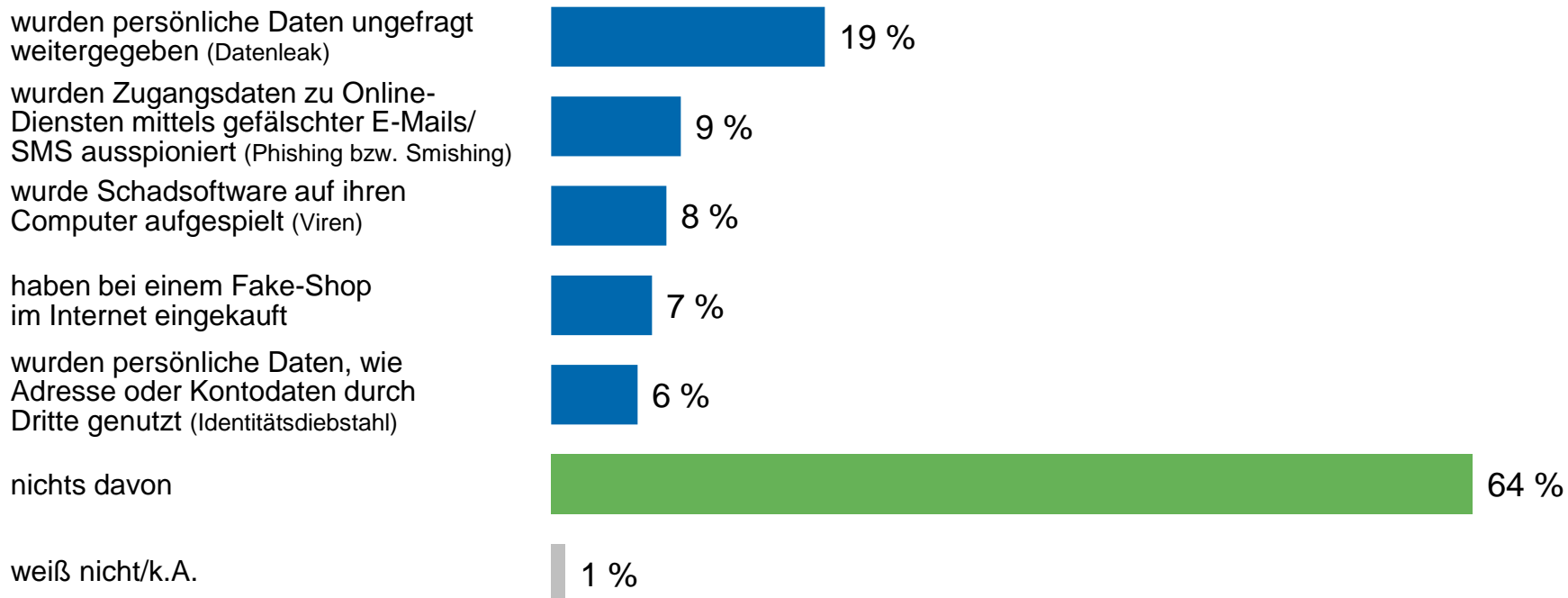
Basis: 902 Internetnutzer:innen

Frage 4: „Kaufen Sie häufig, gelegentlich oder nie Waren oder Dienstleistungen im Internet ein?“

KRIMINELLE VORFÄLLE IM INTERNET - ÜBERSICHT *

Dass ihre persönlichen Daten in den letzten 12 Monaten ungefragt weitergegeben wurden, berichtet knapp jede:r fünfte und von Phishing bzw. Smishing knapp jede:r zehnte Internetnutzende.

In den letzten 12 Monaten ...



* Mehrfachnennungen möglich

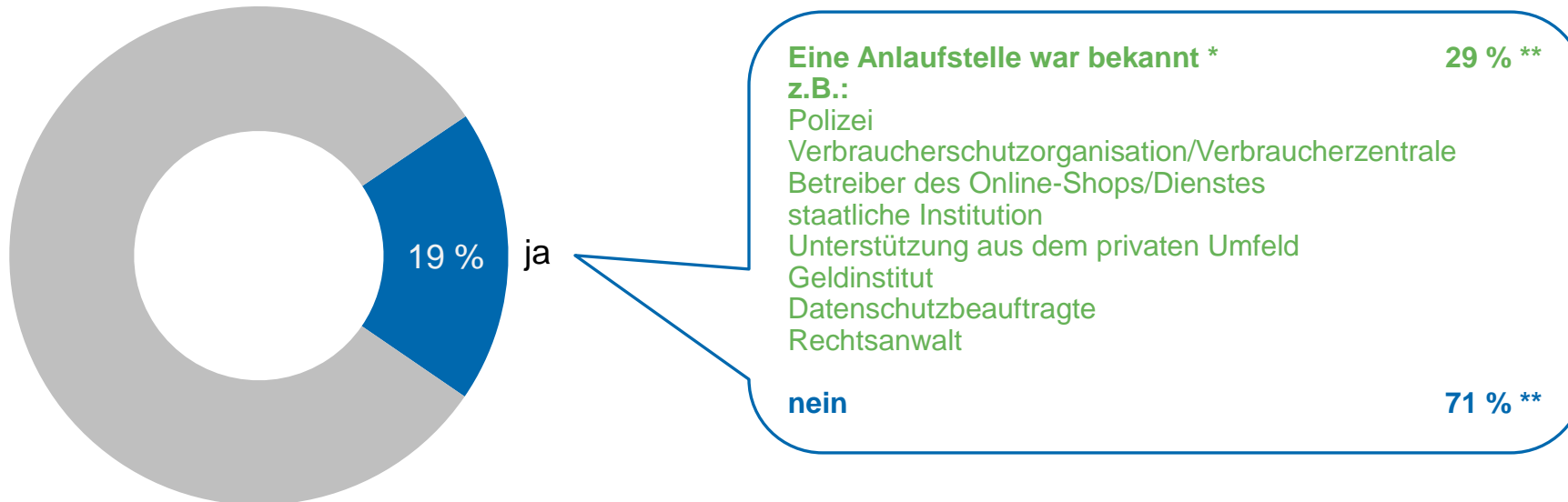
Basis: 902 Internetnutzer:innen

Frage 5: „Ich nenne Ihnen nun verschiedene kriminelle Vorfälle, die im Internet vorkommen können. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie in den vergangenen 12 Monaten damit persönlich Erfahrungen gemacht haben.“

KRIMINELLE VORFÄLLE IM INTERNET - PERSÖNLICHE DATEN WURDEN UNGEFRAGT WEITERGEGEBEN

Als persönliche Daten ungefragt weitergegeben wurden, war vielen Betroffenen in Brandenburg keine Anlaufstelle für Unterstützung bekannt.

persönliche Daten wurden ungefragt weitergegeben (Datenleak)



* offene Frage, Mehrfachnennungen möglich

Basis: 902 Internetnutzer:innen / ** Basis: 173 Internetnutzer:innen, deren persönliche Daten ungefragt weitergegeben wurden

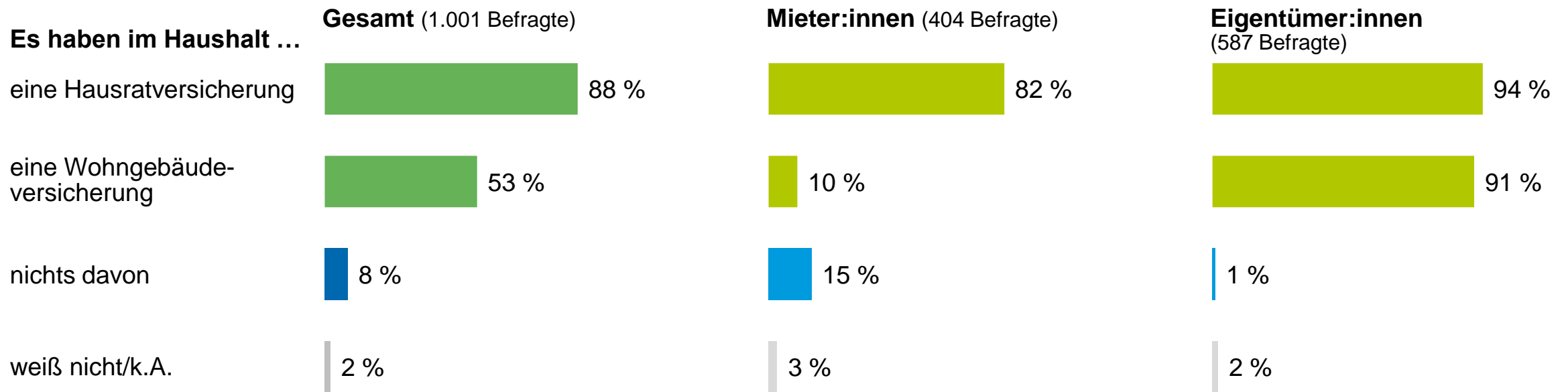
Frage 5: „Ich nenne Ihnen nun verschiedene kriminelle Vorfälle, die im Internet vorkommen können. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie in den vergangenen 12 Monaten damit persönlich Erfahrungen gemacht haben.“

Frage 8: „Als Ihre persönlichen Daten ungefragt weitergegeben wurden: War Ihnen in dem Fall eine Anlaufstelle bekannt, an die Sie sich wenden konnten, um Unterstützung bzw. Beratung zu erhalten?“

VERSICHERUNGEN

WOHNGEBÄUDE- ODER HAUSRATVERSICHERUNG IM EIGENEN HAUSHALT *

Fast alle Wohneigentümer:innen haben ihren Hausrat und/oder das Wohngebäude versichert. Die Versicherungsquote von Hausrat fällt im Vergleich bei Mietenden geringer aus.



* Mehrfachnennungen möglich

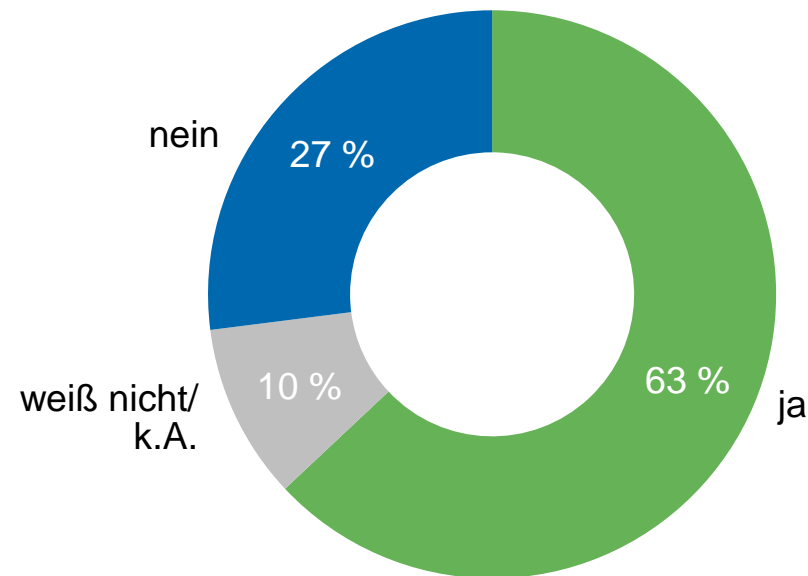
Basis: 1.001 Befragte

Frage 12: „Haben Sie oder jemand in Ihrem Haushalt eine Wohngebäudeversicherung oder eine Hausratversicherung?“

VERSICHERUNGSSCHUTZ GEGEN ELEMENTARSCHÄDEN - GESAMT

63 Prozent der Befragten mit einer Wohngebäude- bzw. Hausratversicherung geben an, dass ihr Versicherungsschutz Elementarschäden umfasst, also Schäden durch Naturkatastrophen.

**Der Versicherungsschutz am Wohnhaus oder
am Hausrat umfasst Elementarschäden ...**

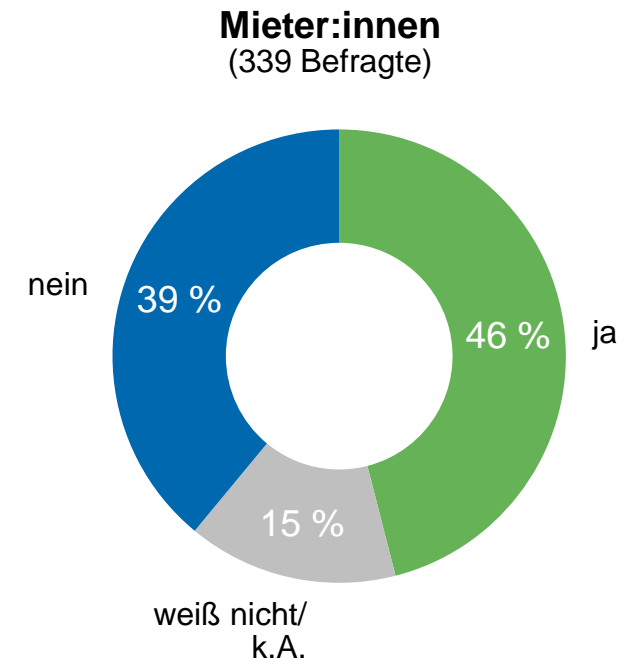
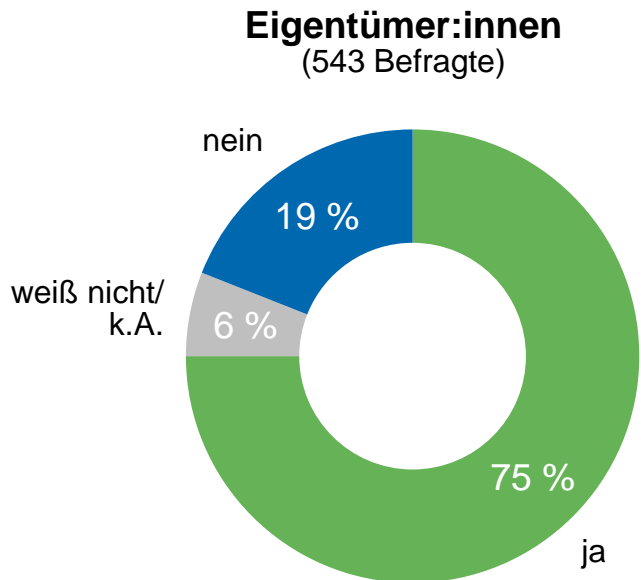


Basis: 927 Befragte, die eine Wohngebäude- bzw. eine Hausratversicherung besitzen
Frage 13: „(...) Umfasst Ihr Versicherungsschutz Elementarschäden am Wohnhaus oder am Hausrat?“

VERSICHERUNGSSCHUTZ GEGEN ELEMENTARSCHÄDEN - EIGENTÜMER VS. MIETER

Der Versicherungsschutz bei Elementarschäden ist unter Eigentümer:innen deutlich verbreiteter als unter Mietenden.

Der Versicherungsschutz am Wohnhaus oder am Hausrat umfasst Elementarschäden:

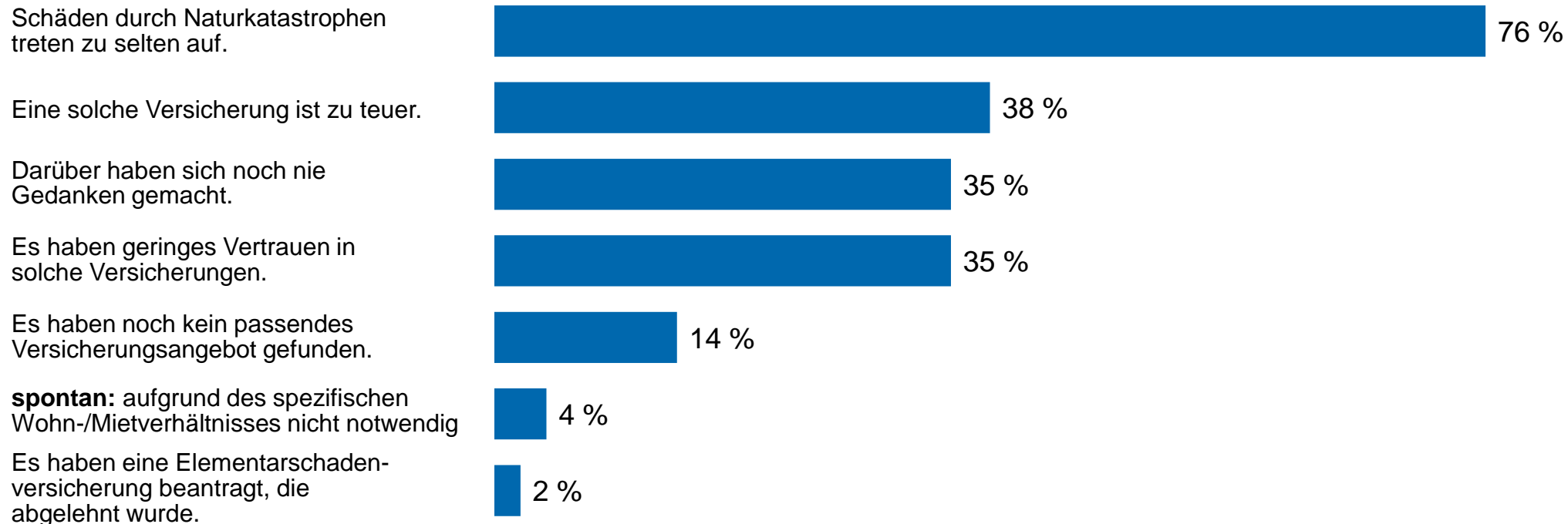


Basis: jeweils Befragte, die eine Wohngebäude- bzw. eine Hausratversicherung besitzen
Frage 13: „(...) Umfasst Ihr Versicherungsschutz Elementarschäden am Wohnhaus oder am Hausrat?“

GRÜNDE GEGEN EINEN VERSICHERUNGSSCHUTZ GEGEN ELEMENTARSCHÄDEN *

Gegen die Absicherung von Elementarschäden spricht für die meisten ohne diesen Versicherungsschutz, dass Naturkatastrophen zu selten auftreten würden.

Gründe gegen einen Versicherungsschutz gegen Elementarschäden sind:



* Mehrfachnennungen möglich

Basis: 249 Befragte, die in ihrer Hausrat- oder Wohngebäudeversicherung keine Versicherung gegen Elementarschäden abgeschlossen haben

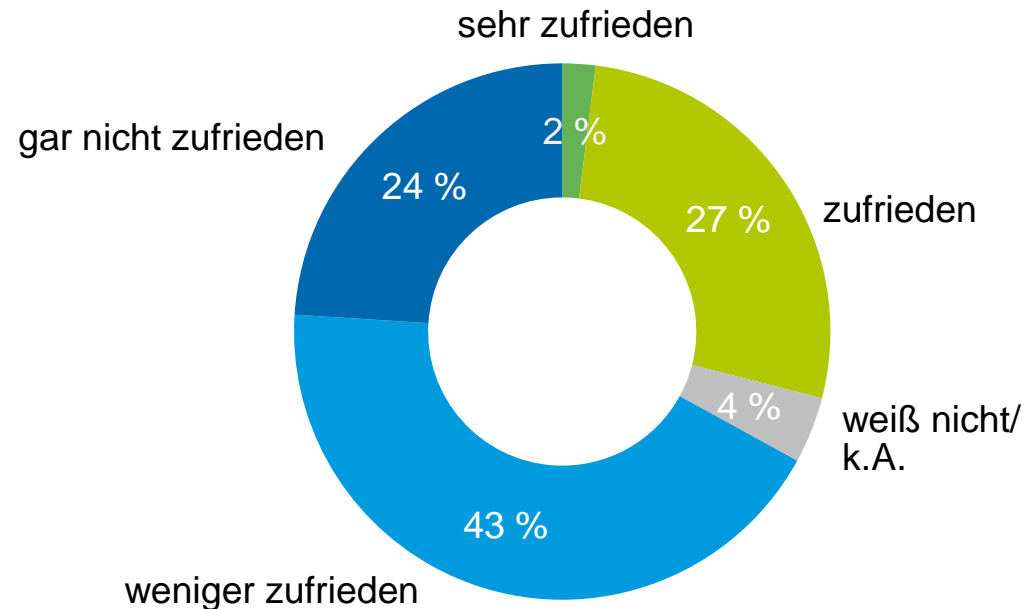
Frage 14: „Ich nenne Ihnen nun verschiedene Gründe, die gegen eine Versicherung von Elementarschäden sprechen können. Bitte sagen Sie mir, welche auf Sie zutreffen.“

ENERGIEWENDE

ZUFRIEDENHEIT MIT DER POLITISCHEN UMSETZUNG DER ENERGIEWENDE IN BRANDENBURG

Die Arbeit der aktuellen Landesregierung in Brandenburg bei der Umsetzung der Energiewende wird von 29 Prozent als (sehr) zufriedenstellend beurteilt. Zwei Drittel (67 %) sind damit weniger oder gar nicht zufrieden.

Mit der Arbeit der aktuellen Landesregierung in Brandenburg bei der Umsetzung der Energiewende sind ...



Basis: 1.001 Befragte

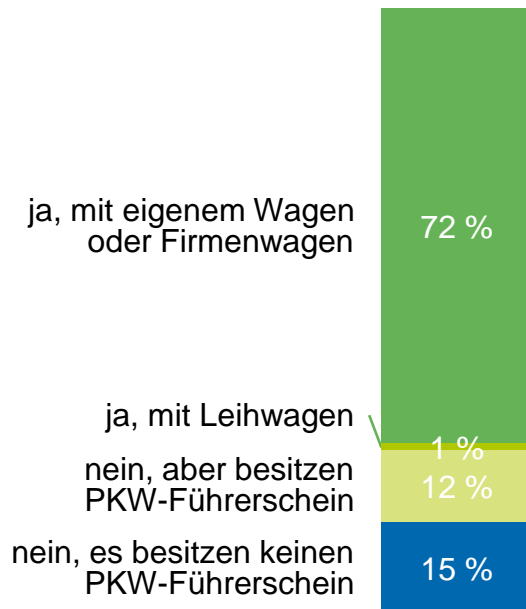
Frage 15: „Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der aktuellen Landesregierung in Brandenburg bei der Umsetzung der Energiewende? Sind Sie damit sehr zufrieden, zufrieden, weniger zufrieden oder gar nicht zufrieden?“

MOBILITÄT

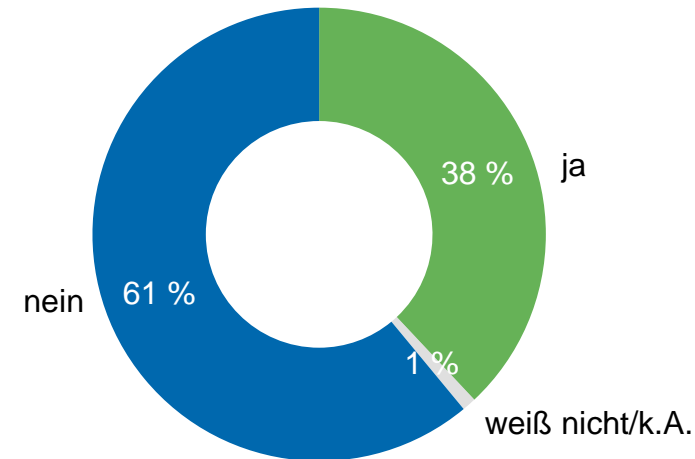
BEREITSCHAFT ZUM UMSTIEG AUF FAHRZEUG MIT ALTERNATIVEM ANTRIEB

Mehr als jede:r dritte Befragte mit Fahrerlaubnis würde bei der Anschaffung eines privaten Neu- oder Gebrauchtwagens ein Auto mit alternativem Antrieb in Betracht ziehen.

Es fahren regelmäßig Auto:
(1.001 Befragte)



Bei Anschaffung eines privaten Neu- oder Gebrauchtwagens würden ein Auto mit alternativem Antrieb, wie z. B. Strom, in Betracht ziehen:
(893 Befragte)



Basis: 1.001 Befragte

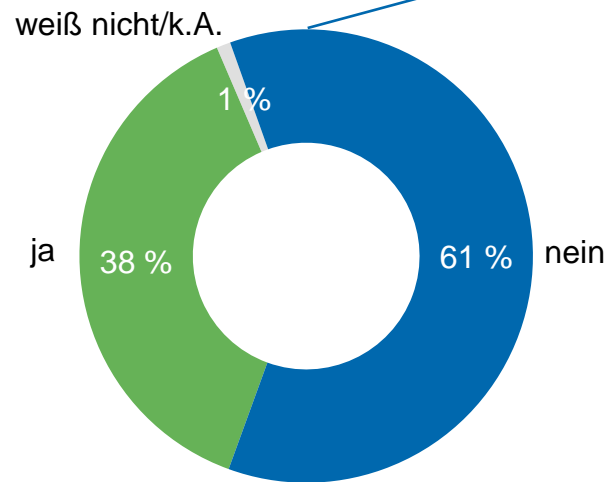
Frage 16: „Fahren Sie regelmäßig Auto?“

Frage 17: „Stellen Sie sich vor, Sie wollen sich privat in nächster Zeit einen Neu- oder Gebrauchtwagen anschaffen: Würden Sie statt einem diesel- oder benzinbetriebenen Fahrzeug ein Auto mit alternativem Antrieb, wie z. B. Strom, in Betracht ziehen?“

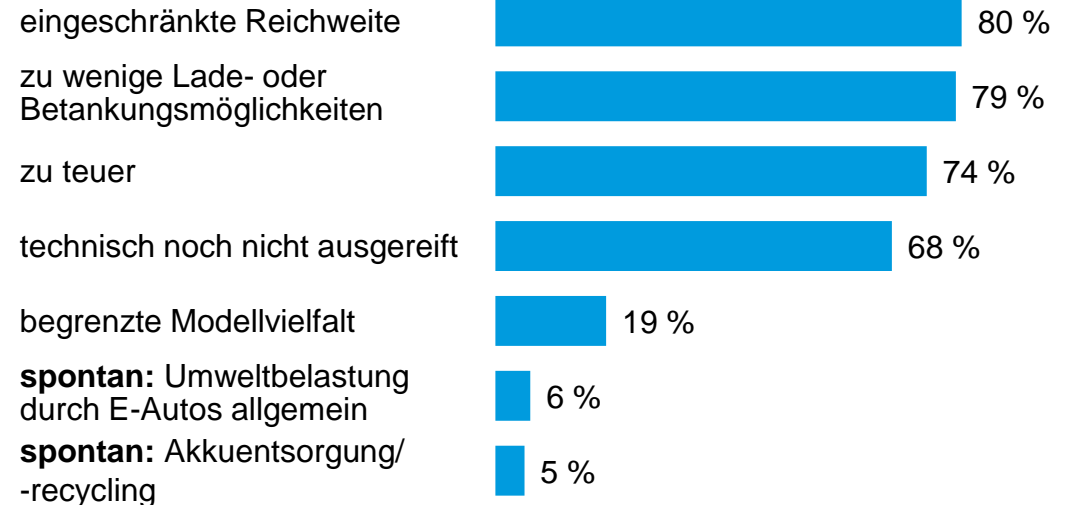
GRÜNDE GEGEN DIE ANSCHAFFUNG EINES PRIVATEN PKW MIT ALTERNATIVEM ANTRIEB

Gegen einen privaten PKW mit alternativem Antrieb wird am häufigsten eine eingeschränkte Reichweite, zu wenig Lade- oder Betankungsmöglichkeiten, hohe Kosten und eine mangelnde technische Reife angebracht.

Bei Anschaffung eines privaten Neu- oder Gebrauchtwagens würden ein Auto mit alternativem Antrieb in Betracht ziehen:
(893 Befragte)



Gründe gegen die Anschaffung eines privaten PKW mit alternativem Antrieb sind: *
(503 Befragte)



* Mehrfachnennungen möglich; aufgeführt sind alle Nennungen ab 5 Prozent

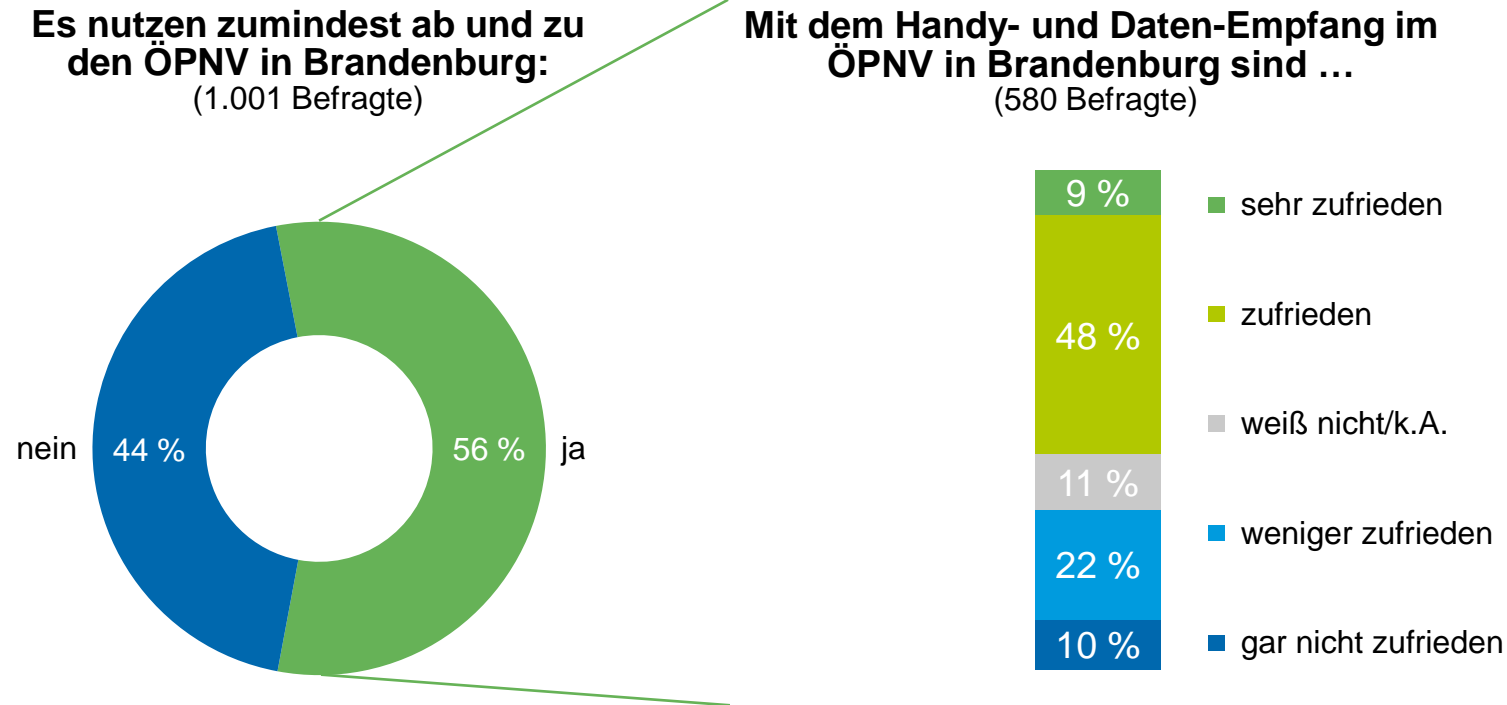
Basis: 893 Befragte, die regelmäßig Auto fahren oder einen PKW-Führerschein besitzen

Frage 17: „Stellen Sie sich vor, Sie wollen sich privat in nächster Zeit einen Neu- oder Gebrauchtwagen anschaffen: Würden Sie statt einem diesel- oder benzinbetriebenen Fahrzeug ein Auto mit alternativem Antrieb, wie z. B. Strom, in Betracht ziehen?“

Frage 18: „Warum käme für Sie privat ein Auto mit alternativem Antrieb nicht in Betracht?“

ZUFRIEDENHEIT MIT HANDY- UND DATEN-EMPFANG IM ÖPNV IN BRANDENBURG

Etwas mehr als die Hälfte der Brandenburger:innen nutzt zumindest ab und zu den ÖPNV. Knapp jede:r Dritte von ihnen ist mit dem Handy- und Daten-Empfang in Bus und Bahn unzufrieden.



Basis: 1.001 Befragte

Frage 19: „Nutzen Sie zumindest ab und zu den öffentlichen Nahverkehr in Brandenburg, also Bus oder Bahn?“

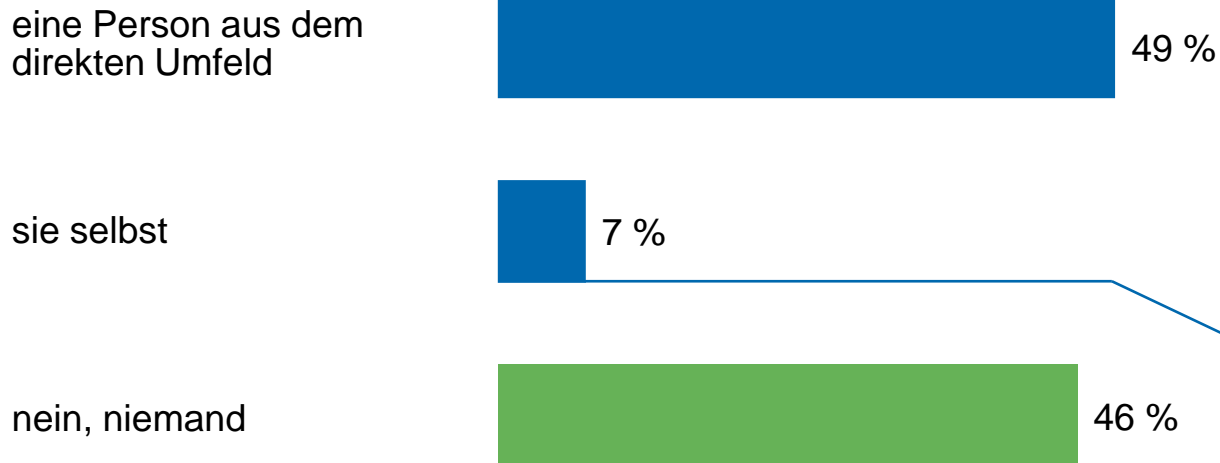
Frage 20: „Und wie zufrieden sind Sie mit dem Handy- bzw. Daten-Empfang, wenn Sie in Brandenburg mit Bus oder Bahn unterwegs sind?“

PFLEGE

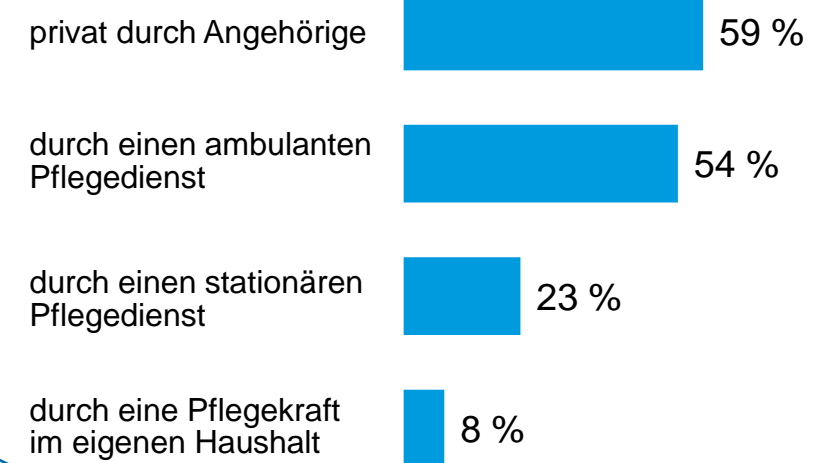
PFLEGE(BEDÜRFTIGKEIT) IN BRANDENBURG

Pflegebedürftigkeit betrifft rund die Hälfte der Brandenburger:innen selbst oder im direkten Umfeld. Bei vielen waren bei der Pflege (auch) Angehörige und/oder ein ambulanter Pflegedienst eingebunden.

Es sind bzw. waren pflegebedürftig: *



Die Pflege wurde durchgeführt ... * (534 Befragte)



* Mehrfachnennungen möglich

Basis: 1.001 Befragte

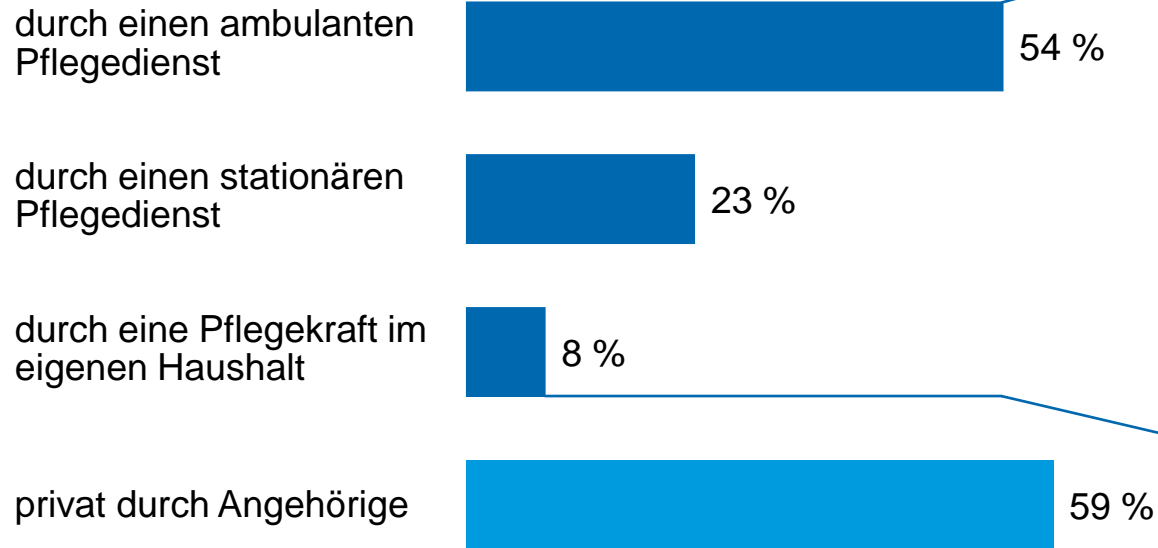
Frage 21: „Sind oder waren Sie selbst oder eine Person aus Ihrem direkten Umfeld, z. B. ein Familienmitglied, pflegebedürftig?“

Frage 22: „Wurde die Pflege durch einen ambulanten oder stationären Pflegedienst, eine Pflegekraft im eigenen Haushalt oder privat, durch z. B. Angehörige, durchgeführt?“

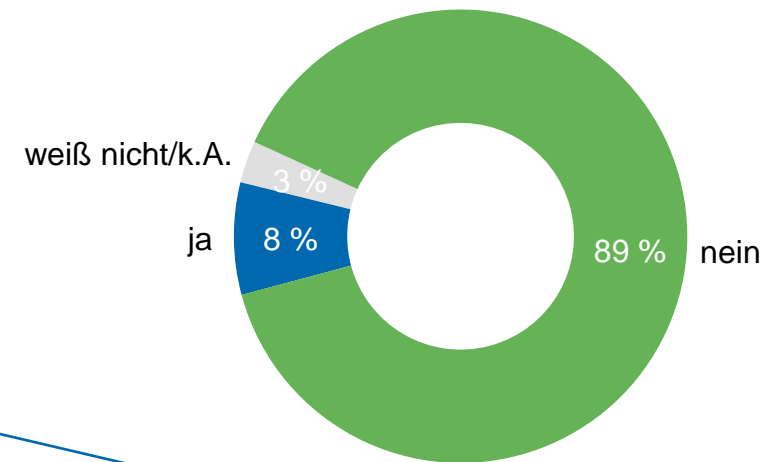
VERTRAGLICHE PROBLEME BEI DER DURCHFÜHRUNG DER PFLEGE

Bei 8 Prozent derjenigen, die professionelle Pflegedienstleistungen in Anspruch genommen haben, traten vertragliche Probleme auf, z. B. bei der Abrechnung oder der Erbringung vereinbarter Leistungen.

Die Pflege wurde durchgeführt ...



Es gab bei der Pflege vertragliche Probleme: (395 Befragte)



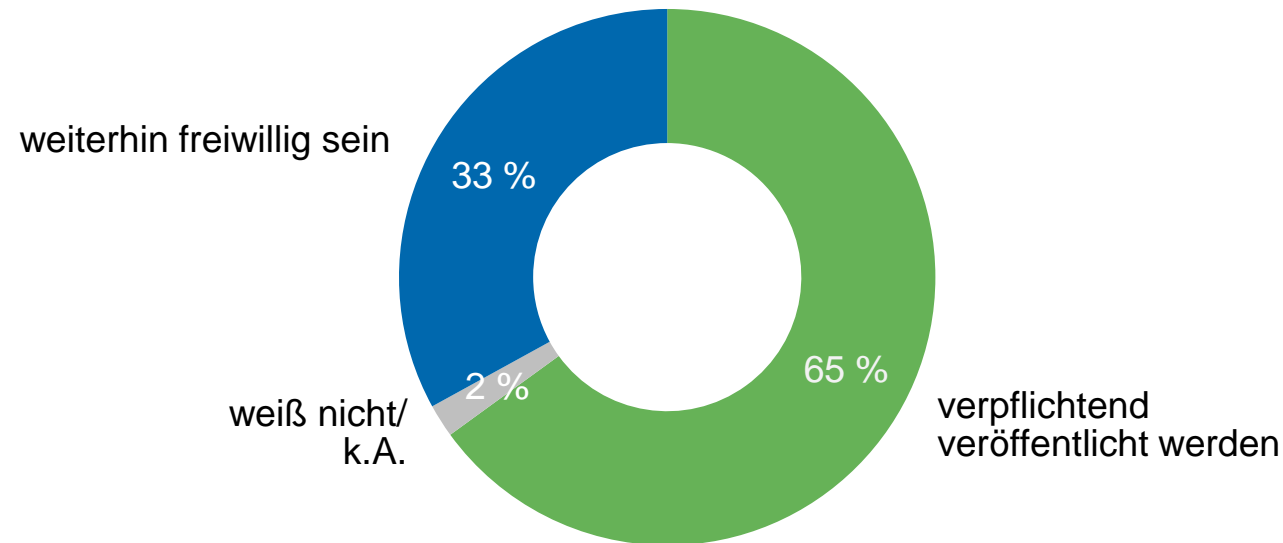
Basis: 534 Befragte, die selbst bzw. Personen aus dem direkten Umfeld pflegebedürftig waren oder sind
Frage 22: „Wurde die Pflege durch einen ambulanten oder stationären Pflegedienst, eine Pflegekraft im eigenen Haushalt oder privat, durch z. B. Angehörige, durchgeführt?“
Frage 23: „Gab es dabei vertragliche Probleme, zum Beispiel bei der Abrechnung oder weil eine Leistung nicht wie vereinbart erbracht wurde? Sei es bei dem Vertrag mit der Betreuungseinrichtung, mit dem ambulanten Pflegedienst oder dem Vertrag mit der Pflegekraft?“

THEMENMIX: ENTEIGNUNGEN, SCHULE & WERBUNG, BERATUNG

VERÖFFENTLICHUNG DER ERGEBNISSE BEHÖRDLICHER LEBENSMITTELKONTROLLEN

Knapp zwei Drittel sprechen sich dafür aus, dass Ergebnisse behördlicher Lebensmittelkontrollen verpflichtend veröffentlicht werden, z. B. als leicht verständlicher „Smiley“ an der Eingangstür.

Die Ergebnisse behördlicher Lebenskontrollen sollten ...



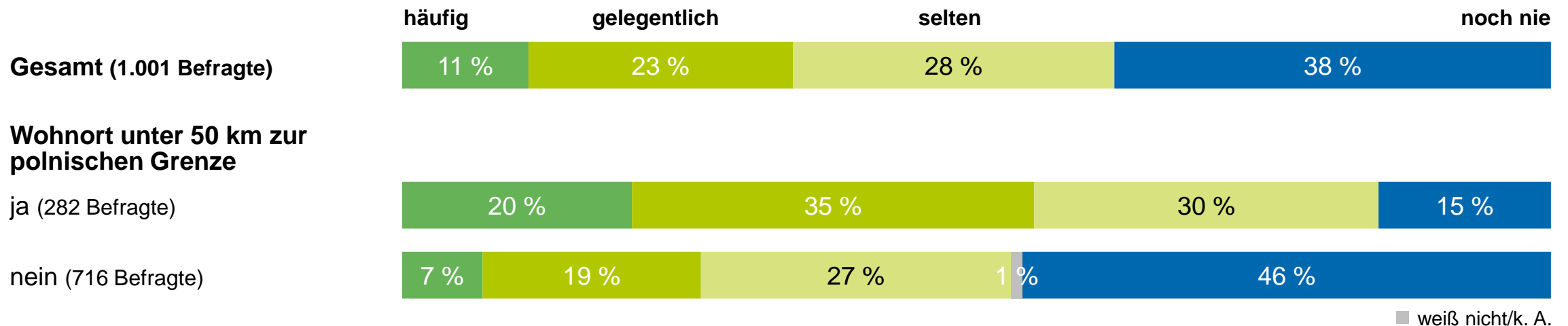
Basis: 1.001 Befragte

Frage 24: „Es gibt derzeit keine Verpflichtung, die Ergebnisse von behördlichen Lebensmittelkontrollen bei Restaurants, Supermärkten oder Bäckereien zu veröffentlichen. Sollten die Ergebnisse von behördlichen Lebensmittelkontrollen Ihrer Meinung nach verpflichtend veröffentlicht werden, z. B. in Form eines leicht verständlichen ‚Smileys‘ an der Eingangstür, oder sollte das weiterhin freiwillig bleiben?“

KAUF VON WAREN ODER DIENSTLEISTUNGEN BEI HÄNDLERN IN POLEN

62 Prozent aller Brandenburger:innen und 85 Prozent der Bewohner:innen grenznaher Städte und Gemeinden haben schon mal Waren oder Dienstleistungen bei Händlern in Polen gekauft.

Es haben schon einmal Waren oder Dienstleistungen bei Händlern in Polen gekauft:



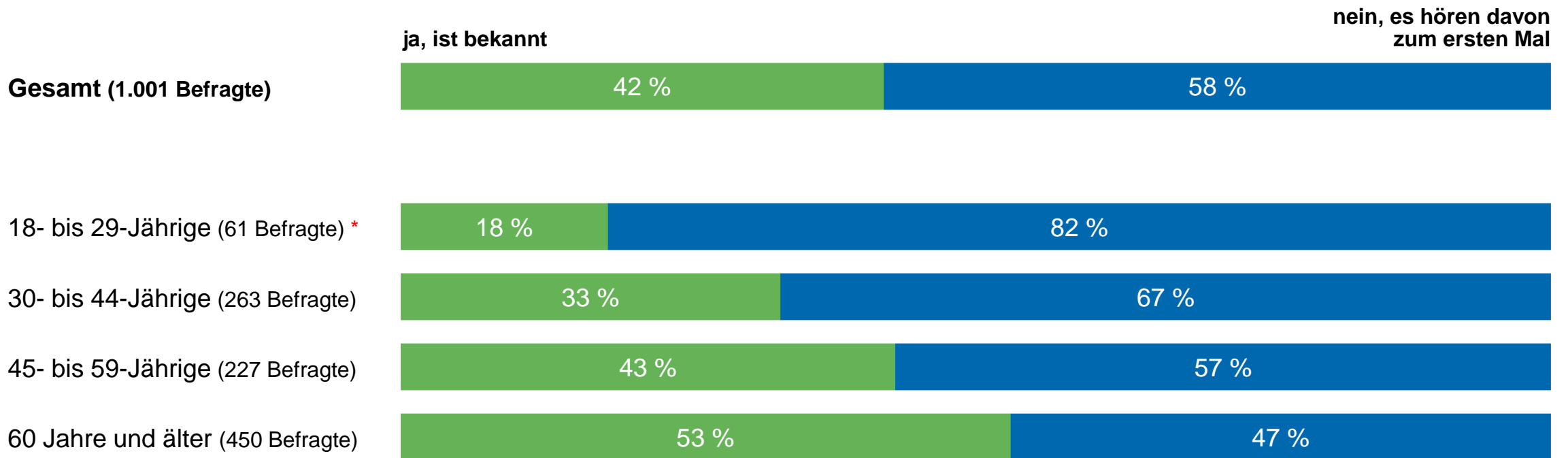
Basis: 1.001 Befragte

Frage 25: „Haben Sie oder jemand in Ihrem Haushalt schon einmal eine Ware bei einem Händler in Polen gekauft oder eine Dienstleistung eines polnischen Unternehmens in Anspruch genommen, z. B. Einkäufe wie Benzin oder Lebensmittel, aber auch Leistungen von Zahnärzten, Handwerkern bzw. Haushaltshilfen oder das Anmieten eines Ferienhauses?“

DISKUSSION ÜBER DIE VERDRÄNGUNG SOZIALER EINRICHTUNGEN AUS IMMOBILIEN

Die Diskussion über die Verdrängung sozialer Einrichtungen aus Immobilien im Kontext der Josephinen-Anlage in Potsdam ist 42 Prozent bekannt. Wahrgenommen haben sie eher die älteren Befragten.

Die Diskussion über die Verdrängung sozialer Einrichtungen aus Immobilien:



* geringe Basis (unter 80 Befragte)

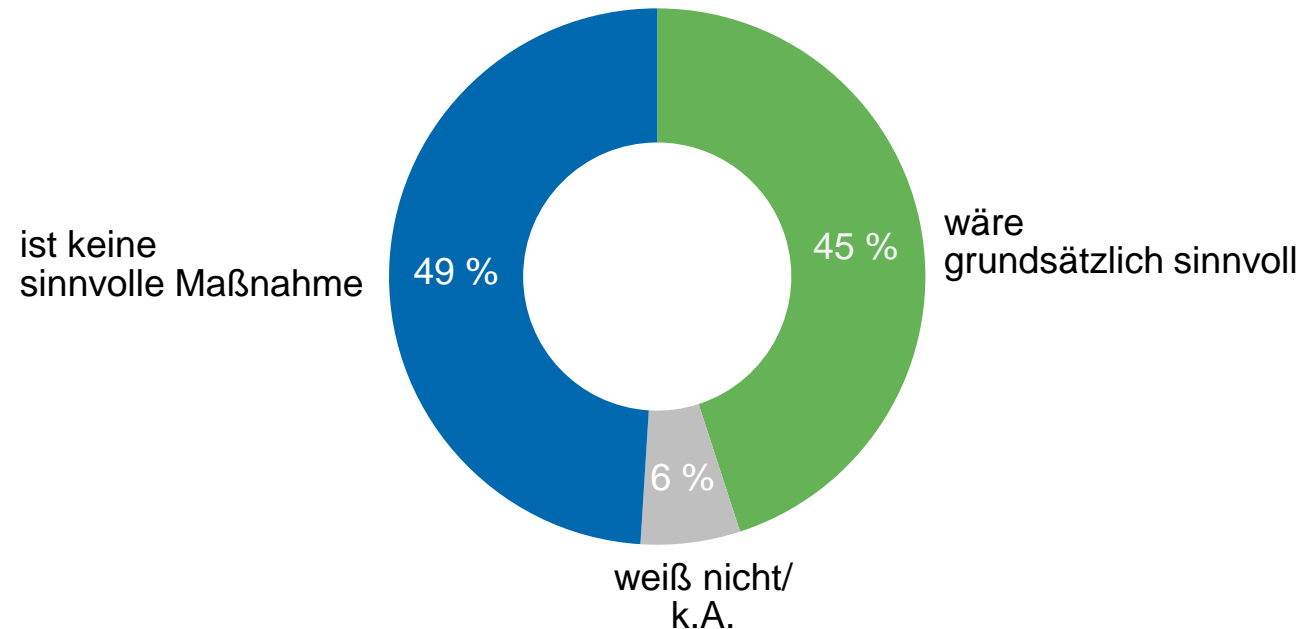
Basis: 1.001 Befragte

Frage 26: „Nach der Kündigung der Mietverträge von Senioren im betreuten Wohnen der Josephinen-Anlage in Potsdam wurde in letzter Zeit über die Verdrängung sozialer Einrichtungen aus Immobilien diskutiert. Haben Sie davon gehört oder gelesen oder hören Sie davon gerade zum ersten Mal?“

ENTEIGNUNG VON VERMIETERN ZUR SICHERUNG SOZIALER EINRICHTUNGEN

Bei Enteignungen von Vermietern gegen eine Entschädigung, um soziale Einrichtungen zu sichern, sind die Brandenburger:innen geteilter Meinung: 45 Prozent halten dies für sinnvoll, 49 Prozent nicht.

**Die Enteignung von Vermietern gegen eine Entschädigung,
um soziale Einrichtungen zu sichern, ...**



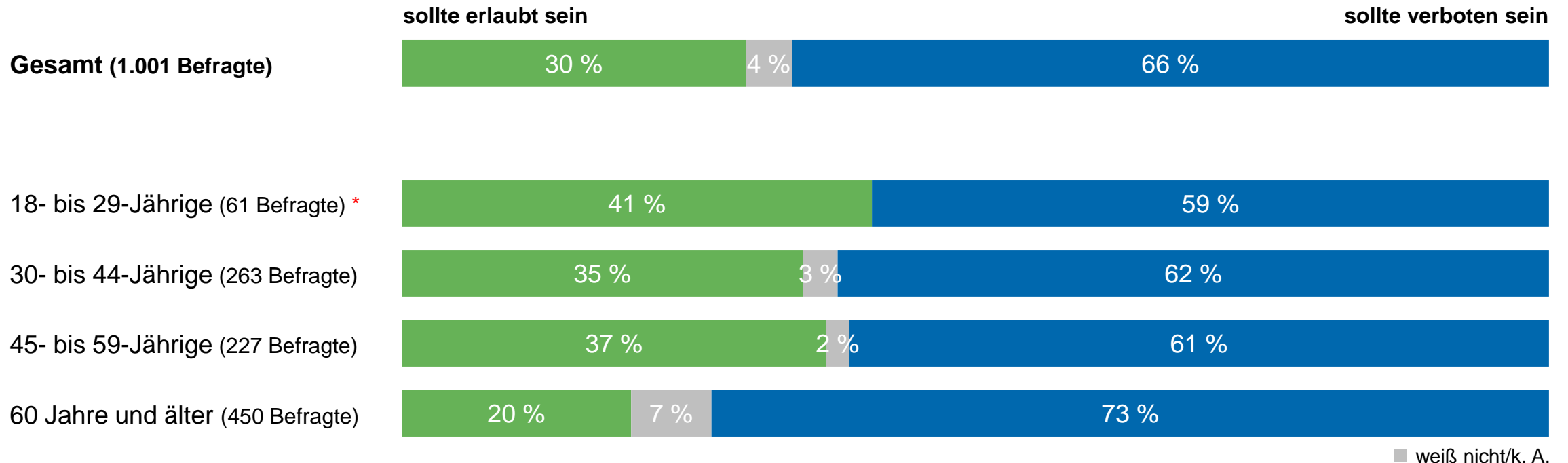
Basis: 1.001 Befragte

Frage 27: „Fänden Sie es grundsätzlich sinnvoll, wenn Vermieter gegen eine Entschädigung enteignet werden könnten, um soziale Einrichtungen zu sichern oder ist das keine sinnvolle Maßnahme, um die Verdrängung sozialer Einrichtungen zu bekämpfen?“

WERBUNG UND SPONSORING AN SCHULEN IN BRANDENBURG

Zwei Drittel der Befragten meinen, dass Werbung und Sponsoring gewinnorientierter Unternehmen an Brandenburger Schulen verboten sein sollte. Über 60-Jährige sehen das häufiger als die Jüngeren so.

Werbung und Sponsoring gewinnorientierter Unternehmen an den Schulen in Brandenburg ...



* geringe Basis (unter 80 Befragte)

Basis: 1.001 Befragte

Frage 28: „In Brandenburg können Schulen entscheiden, ob sie Werbung und Sponsoring von gewinnorientierten Unternehmen an ihrer Schule zulassen. Sollte Werbung und Sponsoring von gewinnorientierten Unternehmen Ihrer Meinung nach an Schulen in Brandenburg erlaubt oder verboten sein?“

■ weiß nicht/k. A.

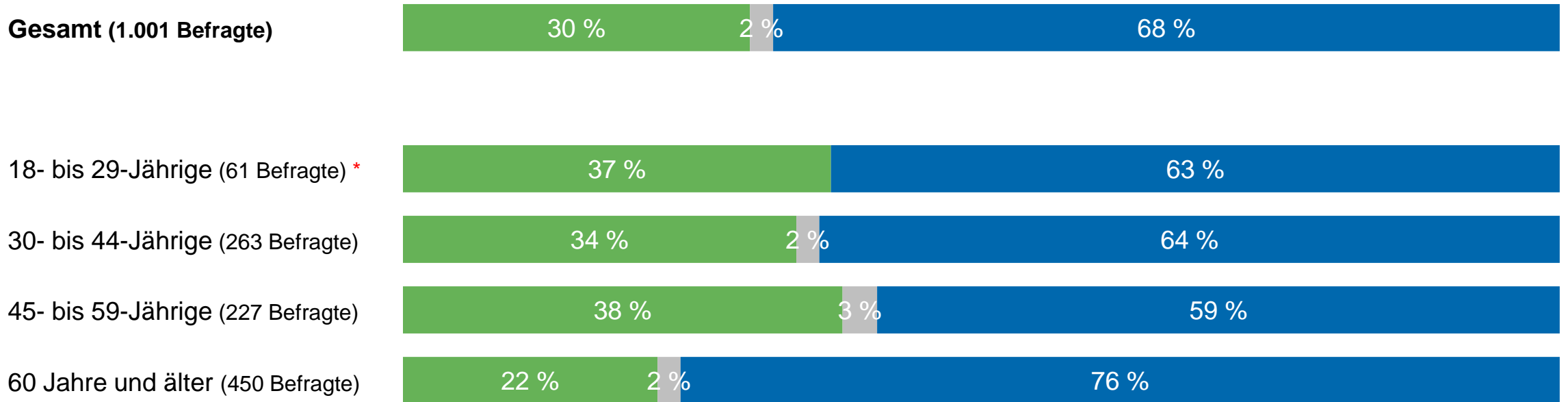
KOSTEN FÜR BERATUNG DER VERBRAUCHERZENTRALE BRANDENBURG

Vergünstigte Beratungspreise für Menschen mit geringen Einkommen befürworten zwei Drittel der Brandenburger:innen. Über 60-Jährige sprechen sich (noch) häufiger als die Jüngeren für Preisnachlässe aus.

Die Beratungspreise der Verbraucherzentrale Brandenburg sollten ...

für alle gleich sein

für Menschen mit geringem Einkommen vergünstigt sein



* geringe Basis (unter 80 Befragte)

■ weiß nicht/k. A.

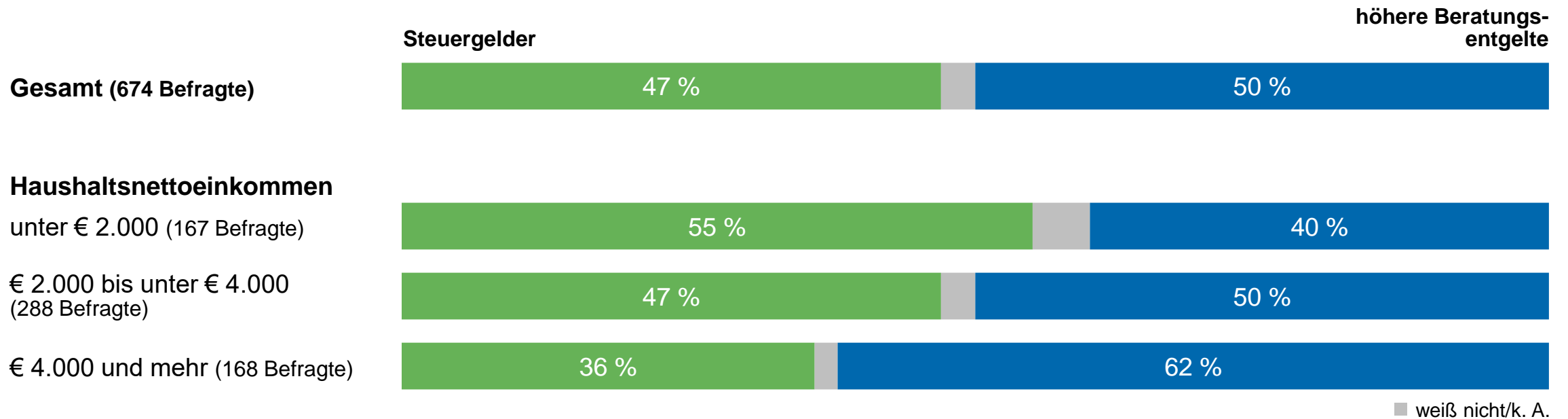
Basis: 1.001 Befragte

Frage 29: „Wenn Brandenburger Verstöße gegen ihre Rechte als Verbraucher wahrnehmen, können Sie sich an die Beratung der Verbraucherzentrale Brandenburg wenden. Die Kosten der Beratung sind für alle Ratsuchenden gleich hoch. Sollte die Verbraucherzentrale Ihrer Meinung nach die gleichen Preise für die Beratung für alle beibehalten? Oder sollten Menschen mit geringem Einkommen eine vergünstigte Beratung erhalten?“

FINANZIERUNG VERGÜNSTIGTER BERATUNG FÜR MENSCHEN MIT GERINGEM EINKOMMEN

Bei der Finanzierung sprechen sich 47 Prozent für Steuergelder und 50 Prozent für höhere Beratungsentgelte für Einkommensstärkere aus – vor allem diejenigen Befragten, die von diesen betroffen wären.

Die vergünstigte Beratung für Menschen mit geringem Einkommen sollte finanziert werden durch ...



Basis: 674 Befragte, die eine begünstigte Beratung für Menschen mit geringem Einkommen befürworten
Frage 30: „Und sollte die vergünstigte Beratung aus Ihrer Sicht eher aus Steuergeldern finanziert werden oder über etwas höhere Preise für Ratsuchende mit mittleren oder höheren Einkommen?“

Impressum

Verbraucherzentrale
Brandenburg e.V.

Babelsberger Straße 12
14473 Potsdam

info@vzb.de
www.vzb.de

verbraucherzentrale

Brandenburg